

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

25.3.1919 (No. 72)

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. M. E.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4 M 75 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 M 92 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gefaltete Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kostenrabatt gilt und verzögert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung wird die Rechnung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten bei der Anfertigung keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Die Beraubung und Versklavung Deutschlands.

\* Neuer Bericht aus Paris: Die Frage der Wiedergutmachung und die Festlegung der Grenzen Deutschlands übertrug im Augenblick alle andern Fragen. Die Ausschüsse der Sachverständigen legten die Ansprüche für die Wiedergutmachungen auf 8 Milliarden Mark (160 Milliarden Mark) fest, die mit Zinsen auf 40 Jahre verteilt 16 Milliarden Pfund Sterling (320 Milliarden Mark) betragen. Nach Ansicht der amerikanischen Sachverständigen betragen die verfügbaren Hilfsquellen des Deutschen Reiches und das deutsche Vermögen in Deutschland und im Ausland höchstens 24 Milliarden Pfund (480 Milliarden Mark). Bei dieser Schätzung wird das Saarbecken als außerhalb Deutschlands gerechnet, das nach Ansicht der Kommission von den Alliierten beschlagnahmt werden kann. Sollte diese Ansicht das Übergewicht gewinnen, so würden 1600 Millionen (32 Milliarden Mark) für die sofortige Liquidierung der Kriegsverluste verfügbar sein, wonach noch 800 Millionen Pfund zu zahlen wären. Die amerikanische Ansicht geht dahin, daß um den Restbetrag zu erhalten, man sich hauptsächlich auf den Überschuß, den der deutsche Handel erzielt, verlassen müsse. Diese Ansicht habe zur Unterstützungsfrage, nämlich der Frage, inwieweit man der deutschen Industrie gestatten solle, mit der übrigen Welt in Wettbewerb zu treten, geführt.

Die französischen Delegierten sind der Ansicht, daß man der deutschen Industrie durch Besteuerung des Im- und Exports eine Einkünfte anlegen müsse, die amerikanischen und britischen neigen dazu, Deutschland zu gestatten, seine industrielle Tätigkeit wieder aufzunehmen, damit es in der Lage ist, den Restbetrag der Schulden an die Alliierten zu zahlen. Die Sachverständigen schätzten den Betrag des deutschen Imports und Exports auf jährlich etwa 60 Millionen Pfund ein, mit denen der Restbetrag der Schuld in etwa 12 Jahren gelöscht werden könnte. Dies ist die Ansicht der amerikanischen Delegierten, die aber nicht allgemein von den Alliierten geteilt wird.

Die Franzosen sind bis zu einem gewissen Grade auch die Engländer neigen dazu, eine viel höhere Summe, die sich über einen viel längeren Zeitraum erstreckt, als Wiedergutmachung zu fordern. Aber die Verteilung der Schadenersatzvergütungen an die Alliierten herrscht ebenfalls Meinungsverschiedenheit, da die Franzosen an erster Stelle Berücksichtigung verlangen, während die Engländer wünschen, daß die Verteilung auf Grundlage der Kriegskosten erfolgt. Frankreich habe die schwersten materiellen Verluste erlitten. Großbritannien bagegen habe seinen Untertanen die schwersten Steuerlasten aufgebürdet. Die Vereinigten Staaten haben eine Entschädigung von 1100 Millionen für verloren gegangene Menschenleben und verlorenen Besitz festgesetzt. Sie haben dabei eine Entschädigung von 5000 Pfund für jedes durch ungeschickliche Handlungen verlorene Menschenleben festgesetzt, wobei die im Kampf verlorenen Menschenleben nicht eingerechnet worden sind.

Rücktritt Clemenceaus?

Wie dem „Berl. Lok.-Anz.“ von Haag gemeldet wird, verzeichnet „Nieuwe Rotterd. Courant“ das Gerücht, daß Clemenceau vor einigen Tagen seinen Abschied verlangt habe, weil er sich nicht damit zufrieden geben wolle, daß Frankreichs Forderungen, das linke Rheinufer zu besetzen, von den anderen Mächten auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes abgelehnt wurden. Eine Bestätigung dieses Gerüchts liegt bis jetzt nicht vor.

Die neue preussische Regierung.

\* Nach achtstündigen Verhandlungen zwischen den Fraktionen des Zentrums, der Demokrata und der Sozialdemokraten in der preussischen Landesversammlung ist gestern die neue preussische Regierung von den drei genannten Parteien gebildet worden.

Die Mitglieder des Zentrums, die in die Regierung eintreten, werden, laut „Gewerkschaft“, eine Erklärung abgeben, in welcher sie ihre grundsätzliche Stellungnahme zu allen kulturellen, insbesondere zu den Schulfragen, festlegen.

Für die Sozialdemokratie behält sich die Ministerliste, wie der „Vorwärts“ schreibt, eine Reihe wichtiger Ministerien vor, insbesondere das Ministerpräsidentium, das Ministerium des Innern, der Finanzen und der Landwirtschaft. Im Kultusministerium werden die Demokraten und das Zentrum je einen Unterstaatssekretär erhalten, sonst sollen an das Zentrum das Justizministerium und das neugebildete Wohlfahrtsministerium, an die Demokraten Handel und Eisenbahnen.

Politische Uebersicht.

Der neue Umsturz in Ungarn.

\* Die Umwandlung zur kommunistischen Herrschaft spielte sich in Budapest nicht so ruhig ab, wie es zuerst dargelegt wurde. Vom Freitag auf Samstag wurde, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, geschossen, wobei es viele Tote und Verwundete gab. Die beiden Staatsbahnen wurden besetzt, Maschinenwache und Kanonen aufgeführt. Den Offizieren rief man ihre Auszeichnungen ab. Es kam auch zu größeren Plünderungen, wobei die Menge Lebensmittel- und Juweliergeschäfte heimlichste.

Wie dem „Berl. Lok.-Anz.“ aus Budapest gemeldet wird, haben sich alle aus dem Felde zurückgekehrten Krieger in einer großen Versammlung der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt. Die bürgerlichen Parteien beschloßen, sich aufzulösen. Die Stadt Preßburg wurde von italienischen Truppen besetzt.

Das „Deutsche Volksblatt“ will erfahren haben, daß die russischen Sowjettruppen in einer Stärke von 300 000 Mann an den Grenzlinien der Ukraine und der Bukowina stehen. Nach Erzählungen in Wien eingetroffener ungarischer Reisender vollziehe sich der Vormarsch der russischen Sowjettruppen verhältnismäßig rasch. Er gehe nach einem zwischen Budapest und Moskau vereinbarten Operationsplan vor sich. Gerüchthweise verlautet, daß die ukrainischen Truppen Petjucas zu den Bolschewikern überzugehen beginnen. Noch bilde das geheime deutsche Volk den letzten starken Damm gegen das Vordringen des radikalsten Umsturzes.

Vielleicht glauben, so schreibt das „Volksblatt“, die Pariser Imperialisten das kleine Ungarn mit Waffengewalt bändigen zu können. Falls die Entente daran festhalte Deutschland einen Bernadotensfrieden aufzuerlegen, und es für etliche Zeiten zu entmannen, dann könnte sich auch das deutsche Volk und Deutsch-Schierreich wie ein Mann erheben, da sie sich vor einer nationalen Katastrophe fügen. Ein Aufbruch der ungarischen Proletarier an alle, könnte anders auch leicht in den Reihen der Proletarier Widerhall finden. Den Besiegten würde es zwar schlecht an, den Siegern zu drohen, aber die Vorgänge in Ungarn sollten für die Pariser Ententekonferenz eine letzte nachdrückliche Warnung sein, die Forderungen der Sieger nicht zu überspannen und besiegte Völker nicht zur Verzweiflung zu bringen.

Aus Budapest wird gemeldet: Bei mehreren hiesigen Banken ist bereits eine teilweise Sozialisierung durchgeführt. Die bisherigen obersten Leiter der Finanzinstitute haben sich zurückgezogen. Die Kontrolle über alle Vertrauensmännern der Beamten bestehende Komitees über alle Geschäfte und Kassen aus. Die endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal der Finanzinstitute, die angeblich als Filialen einer zu schaffenden großen Staatsbank untergeordnet werden sollen, wird nächster Tage erfolgen. Der Währungsverkehr ist seit zwei Tagen vollständig eingestellt. Am letzten Vortag erfuhren die Kurse aller Werte Einbußen von 50 bis 100, in einem Falle von 300 Kronen. Vollständig sozialisiert sind bisher die Zentralkreditgenossenschaft, die Postsparkasse, mehrere industrielle Unternehmungen. Für die nächsten Tage sieht die Sozialisierung aller Zinshäuser, der sämtlichen Theater und Vergnügungslokale bevor, die den Zwecken des Proletariats dienlich gemacht werden sollen.

\* „Daily Mail“ meldet lt. „B. P.“ aus Stockholm: Nach einem Bericht in der „Pravda“ gab der Regierungskommissar dem Petersburger Sowjet bekannt, daß nach den Berichten der russischen Agenten in Bukarest der Anmarsch Rumänien an die russische Sowjetregierung unmittelbar vor seiner Verwirklichung stehe. — Rischinow ist von den Bolschewikern genommen. Die rumänischen Behörden verlassen Jassi.

Anerkennung der deutschen Regierung durch die Schweiz.

\* Der schweizerische Bundespräsident Ader hat das Schreiben des Reichspräsidenten Ebert in dem dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hatte, mit einem warmen Handschreiben beantwortet. Damit hat die Schweiz als erster auswärtiger Staat die neue deutsche Reichsregierung förmlich anerkannt.

Zweck der Vergesellschaftung.

Die ersten Schritte zur Verwirklichung der Sozialisierung in Deutschland haben der Reichsregierung Angriffe von rechts wie von links zugezogen; der äußersten Linken geht die Sozialisierung nicht schnell genug, auf der Rechten wird eingewandt, daß die Sozialdemokratie durch die Sozialisierung das Handwerk und den Mittelstand treffen wolle. Beiden Ansichten tritt die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme“ in ihrem Leitartikel vom Freitag entgegen, in dem sie u. a. schreibt:

Es trifft sich gut, daß in diesen Tagen ein Bild aus der kapitalistischen Ordnung bekannt wird. Danach hatten Fürst Wendell von Donnersmarck auf Neudeck

Table with 3 columns: Name, Vermögen, Einkommen.
Fürst Wendell von Donnersmarck auf Neudeck: 1897 65 Millionen Mark, 4 Millionen Mark; 1908 177 Millionen Mark, 12 Millionen Mark.

Herzog v. Ujest, Fürst Hohenlohe-Dehringen-Stubenitz:

Table with 3 columns: Name, Vermögen, Einkommen.
Herzog v. Ujest, Fürst Hohenlohe-Dehringen-Stubenitz: 1895 45 Millionen Mark, 2,7 Millionen Mark; 1908 151 Millionen Mark, 7 Millionen Mark.

Gans Ulrich Graf v. Schaaffgotsch-Koppitz:

Table with 3 columns: Name, Vermögen, Einkommen.
Gans Ulrich Graf v. Schaaffgotsch-Koppitz: 1896 21 Millionen Mark, 0,25 Millionen Mark; 1908 79 Millionen Mark, 4-5 Millionen Mark.

Franz Hubert Graf Tiele-Winkler-Moschen:

Table with 3 columns: Name, Vermögen, Einkommen.
Franz Hubert Graf Tiele-Winkler-Moschen: 1896 18 Millionen Mark, 0,5 Millionen Mark; 1908 74 Millionen Mark, 3-4 Millionen Mark.

Diese Vermögen und namentlich die Einkommen zum größten Teile dem Volke wieder zuzuführen, ist selbstverständlich Pflicht der Regierung. Ohne einen Finger zu rühren, stecken die Feudalen den von Arbeitern geschaffenen Mehrwert in ihre Tasche und speisteg die Arbeitsbienen mit Jammerlöhnen ab.

An die Sozialisierung, die Vergesellschaftung solcher Betriebe und Unternehmungen muß die Reichsleitung zuerst gehen. Viele Unternehmungen arbeiten nicht wie in Friedenszeiten, sondern die Produktion steht fast auf Null. Aufgabe der Sozialisierungsaktion wird und muß es sein, bei der Überführung der reifen Betriebe und Unternehmungen in den Besitz der Allgemeinheit so vorzugehen und durchzugreifen, daß für das Volk das Beste dabei herauskommt. Sinnloses Sozialisieren, wie es im einzelnen von unklugen Leuten geschah, führte nur zur noch größeren Unproduktivität der beschlagnahmten Werke und schädigte das Volksganze, das heute nichts dringlicher braucht, als Arbeit und Ertrag, um auf dem Weltmarkt als Konkurrent auftreten zu können.

Es ist nicht von ungefähr und liegt nicht allein am Mangel an Arbeitskräften, wenn auf dem Lande der Ertrag der nächsten Ernte noch hinter dem Ertrag der vorjährigen zurückbleiben wird. Viele Grundbesitzer beabsichtigen nur einen Teil ihres Grund und Bodens zu bebauen, weil sie sagen, daß der größere Teil ihnen abgenommen wird. Wohin dieses verderbliche Tun führen wird, läßt sich nicht ausmalen. Neben dem Mangel an Rohmaterialien wird noch ein größerer Mangel an eigenen Lebensmitteln folgen und damit unter Kredit im Ausland noch mehr sinken, weil die Kreditgeber kein Vertrauen zur deutschen Arbeit mehr haben. Bereits jetzt schon verlangen nordische Banken dem deutschen Geldmarkt jedes Vertrauen.

Mit der Frage der Sozialisierung hängt eng zusammen die neuerdings durch die Vorlage der Regierung eingeleitete Demokratisierung der ganzen Wirtschaftspolitik. Den Schaffenden muß Einfluß auf die Produktion und deren Erträge eingeräumt werden. Ein Mitbestimmungsrecht und Gewinnanteil muß geschaffen werden, um die Arbeitslust zu heben, kurzum, es sind wichtige Probleme zu lösen, die sich nicht im Handumdrehen erledigen lassen, vielmehr ein eingehendes Studium erfordern, um den ganzen Komplex der damit zusammenhängenden Fragen nicht durch untaugliche Mittel zu misgreditieren. Es hilft dem schwergeprüften deutschen Volke nur ein: planmäßiges Vorgehen bei Übernahme von Betrieben, Betrieben, Banken, Versicherungsgesellschaften, Gütern; vor allem schleunigste Schaffung von Betrieben, die wir gegen uns fehlende Rohstoffe, Lebensmittel, Materialien austauschen können.

Zur Lage in Elsass-Lothringen.

Nach dem „Basler Vorwärts“ hat sich der Konflikt zwischen dem Mülhauser Gewerkschaftsverband und den Arbeitgebern besonders in der Textilindustrie so verschärft, daß im Prinzip der Generalstreik aller organisierten Arbeiter auf Donnerstag beschlossen wurde, falls die durch das Gewerkschaftsstellere angestrebte Vermittelung der Handelskammer und des Bürgermeisters seitens der Fabriken abgelehnt werden sollte. Die Zahl der in den Generalstreik eintretenden Personen wird auf 25.000 geschätzt. Die bürgerliche Presse beschwört die Fabrikanten eindringlich, in den Lohn- und Arbeitsfragen nachzugeben, weil der Generalstreik leicht revolutionären Charakter annehmen könnte und wie die letzten Ausschreitungen in Mülhausen bewiesen hätten, auch das französische Militär nicht sehr zuverlässig sei.

Französische Stimmungsmache in der Pfalz.

\* Die pfälzischen Blätter bieten zum Teil in dieser Zeit ein seltsames Bild und zwar nicht nur infolge des Verhaltens der französischen Zensurbehörden, die natürlich alles tun, um zu verhindern, daß irgend eine den Annexionsgelüsten der französischen Regierung zuwiderlaufende Notiz in der Presse erscheine, sondern auch infolge der Strupellohigkeit, mit der sie von den Machthabern zu einer unerhörten Stimmungsmache im französischen Sinne gezwungen werden. Immer wieder stößt man in diesen Blättern auf französischfreundliche Artikel, die schon ihrem Stil nach verraten, daß sie niemals dem Hirn eines Deutschen entfloßen sein können. Sie sind von den französischen Behörden verfaßt und von diesen den Zeitungen gewaltsam zum Abdruck aufgezwungen. Die Einwohnererschaft der Pfalz wird den Schwindel unschwer durchschauen. Der Hauptzweck der Übung liegt aber jedenfalls darin, die Artikel auch in die Presse des Auslandes zu lancieren, wo sie dann den Eindruck erwecken sollen, daß die Pfälzer die Franzosen nicht als Eindringlinge sondern als willkommene Gäste ansehen, und mit ihren Sympathien auf der Seite Frankreichs ständen. Die Methode ist ebenso raffiniert wie brutal; sie liefert eine treffliche Illustration zu der Art und Weise, in der Frankreich den Sinn des Wilson-Programmes achtet.

Mit einer Beilage: 11. öffentliche Sitzung der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung.

## Badischer Teil.

Die zunehmende Erziehung der Schlachtvieh-  
bringung hat eine Ermäßigung der den Versorgungs-  
berechtigten wöchentlich zuzustehenden Fleischmenge auf die  
früheren Maße notwendig gemacht. Demgemäß ist auf  
Anordnung des Reichs Ernährungsministers die Wochen-  
kopfmenge an Fleisch für die Versorgungsberechtigten mit  
Wirkung vom 17. März 1919 ab wie folgt festgesetzt worden:

- in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern  
auf 100 Gramm,
- mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern auf  
150 Gramm,
- mit 100 000 und mehr Einwohnern auf 200 Gramm.

In Gemeinden, in denen die Bevölkerung in ihrer  
Mehrzahl hauptberuflich in der Industrie tätig ist, kann  
eine Aufbesserung der den Versorgungsberechtigten zu-  
stehenden Fleischmenge erfolgen, wobei jedoch eine Ge-  
samtfleischmenge von 200 Gramm wöchentlich für die  
Person nicht überschritten werden darf. Hinsichtlich der  
Zulagen für Kranke, sowie hinsichtlich der ausnahmsweise  
noch zugelassenen Zulagen für Schwer- und Schwer-  
arbeiter der Eisenbahnverwaltung, für Bergarbeiter und  
Binnenschiffer verbleibt es bei den bisherigen Anordnun-  
gen. Durch die Herabsetzung der Fleischmenge ist eine  
nicht unerhebliche Ermäßigung der von den Kommunal-  
verbänden zur Deckung des Bedarfs aufzubringenden  
Schlachtviehmengen ermöglicht worden. Es muß deshalb  
erwartet werden, daß die nunmehr zur Lieferung aufge-  
gebene Stückzahl unter allen Umständen reiflos und  
rechtzeitig beschafft wird. Die zur Lieferung von Schlach-  
tvieh verpflichteten Kommunalverbände sind angewiesen  
worden, für die pünktliche und vollständige Belieferung  
der Bedarfstädte und der sonstigen Bedarfstellen Sorge  
zu tragen. ▲

Es ist bekannt geworden, daß die Pferdemeßger  
einen großen Teil des aus den Pferdebeschlächtungen ge-  
wonnenen Fleisches nicht als Frischfleisch verkaufen, son-  
dern zur Herstellung von Dauerwurst und sonstigen  
Dauerwaren verwenden, um hieraus später höhere Preise  
zu erzielen. Demgegenüber wird darauf aufmerksam ge-  
macht, daß die Herstellung von Dauerwurst gemäß § 4  
der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1916 (R.G.B.  
Seite 1357) verboten ist. Eine Ausnahme von diesem  
Verbot ist nur für Kommunalverbände und Gemeinden  
unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Demge-  
mäß ist auch der Verkauf von Dauerwurst den Pferdemeß-  
gebern nicht gestattet. Für gesalzenes und geräuchertes  
Pferdefleisch gelten übrigens die gleichen Höchstpreise wie  
für frisches Pferdefleisch. ▲

Es wird in letzter Zeit vielfach darüber geklagt, daß  
in verbotener Weise die Fischerei ausgeübt und daß  
insbesondere dabei Handgranaten verwendet werden. Da  
durch die Verwendung explosiver Stoffe nicht nur die er-  
warteten Fische, sondern vorwiegend auch die Brut und  
die Jungfische vernichtet werden, entstehen große Gefah-  
ren für den Fischbestand unserer Gewässer. Dadurch wird

### Ein Feier des Vereins Karlsruher Presse.

Nach fünfjähriger Pause hatte der Verein Karlsruher  
Presse gestern Abend seine Mitglieder und Freunde zum ersten  
Male wieder zu einer größeren geselligen Veranstaltung ge-  
laden. Der Abend galt der Begrüßung der aus dem Felde  
heimgekehrten Mitglieder des Vereins und gestaltete sich zu  
einer schönen und würdigen Feier, getragen vom Geist  
der Kollegialität, erfüllt von dem Bewußtsein der Zusammen-  
gehörigkeit von Öffentlichkeit und Presse, verklärt von den  
Gaben edler Kunst. Neben den Mitgliedern und der Mehrzahl  
ihrer Angehörigen hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden,  
darunter der Präsident der vorläufigen Volksregierung Gei-  
sler und der Minister des Innern Dr. Haas, Oberbürgermeister  
Siegfried und viele weitere Vertreter des politischen, lite-  
rarischen und künstlerischen Lebens der Landeshauptstadt. Hof-  
rat Ordensstein und Konzertmeister Reichler eröffneten  
das Programm durch den klaren Vortrag eines  
Beethoven-Quartetts für Klavier und Violine. Karl Seydel  
sang, von Hofrat Ordensstein feinsinnig begleitet, mit  
prächtigem Ausdruck die Worte der kleinen deutschen Kantate  
Mozarts: „Die Ihr des unermesslichen Weltalls Schöpfer  
ehrt.“

Darauf hielt Chefredakteur Albert Herzog eine formvoll-  
endete Begrüßungsansprache.

Er warf einen kurzen Rückblick auf die Zeit des letzten fest-  
lichen Beisammenseins des Vereins Karlsruher Presse vor  
5 Jahren und auf die Geschehnisse der Zwischenzeit, erinnerte  
an den Auszug und das todesmutige Ausstehen der zwanzig  
Verhafteten, die, einer nach dem andern, dem Auf des Ba-  
terlandes folgten und nun zurückkehrten in ein vom Sturm  
niedergeworrenes Deutschland. Aber noch wühten wir auch  
in diesem Deutschland eine tiefinnerliche, unzerstörbare  
Kraft des deutschen Volkes, an deren Wiedergeburt wir glauben,  
weil wir unser Volk lieben, dem heute nur ein tatkräftig  
mitwirkendes Eingreifen Heilung bringen könne.

„In solcher Zuversicht“, fuhr der Redner fort, „grüßen wir  
heute auch die uns aus dem Feld wiedergegebenen, aus dem  
Gerechtheitsheimgekehrten Mitglieder unseres Vereins. Nicht  
alle, die hinausgezogen, kamen uns zurück. Zwei von ihnen,  
die Redakteure Max Hod und Adolf Jähle, die einst mit in  
unserem Kreis gesessen, haben dem Vaterland ihr junges, viel-  
versprechendes Leben dahin. Ihr Opfer wird unergessen  
bleiben in unseren Reihen, unergessen mit manchen anderen,  
die unserem Kreis, unserem Herzen so nahestanden.“

Unsere Freunde aber, die ein gültig Gesicht heute wieder  
unter uns sehen läßt, kehren nicht zum Ausruhen von dem  
harten Werke des Kampfes für ihr Volk zurück. Ein neues  
Wort und Mäntelchen in dem Volke und für das Volk erwar-  
tet sie.

Anderes ist es geworden daheim seit ihrem Ausmarsch. Aus  
dem mit Blut und Eisen im Ruhmesrausch gewaltiger Siege

die Allgemeinheit doppelt wertvoller und wichtiger Nah-  
rungsmittel beraubt. Es werden deshalb durch die Be-  
zirksämter geeignete Maßnahmen für den Schutz der  
Fischbestände getroffen, die mit aller Strenge durchge-  
führt werden.

### Der Staatsvertrag mit dem Großherzog. Haase.

oc. Gestern ist nun der Gesetzentwurf über die Ausein-  
setzung mit dem Großherzoglichen Hause im Druck erschienen.  
Dem Gesetzentwurf liegt ein Vertrag zugrunde, in welchem aus-  
gesprochen wird, daß dem Großherzog das Schloß Baden, das  
ehemals Gräflin Sickingens Palais in Freiburg in Baden,  
weiter das Herrschaftshaus, ferner die Grabkapelle im Parkan-  
garten zu Karlsruhe sowie die gesamte Einrichtung dieser An-  
wesen als Privateigentum überwiehen werden. Ferner ent-  
hält der Vertrag die Bestimmung, wonach dem Großherzog ein  
Kapital im Nennwert von sechs Millionen durch Eintrag im  
Schuldbuch oder durch Schuldverschreibungen des badischen  
Staates zukommt. (Den Betrag dieses Kapitals hat der Verfas-  
sungsausschuß auf acht Millionen erhöht, nachdem die Abfin-  
dung mit dem Prinzen Max in anderer Weise geregelt worden  
ist.) In dem Vertrag wird dann weiter dem Großherzogspaar  
für ihre Lebensdauer der Badische Kalkenbrunn überwiehen.  
Weiterhin enthält der Vertrag einen Paragraphen, nach wel-  
chem Großherzogin Luise von Baden standesmäßige Wohnung  
erhält in einem der oben bezeichneten Schlösser. Ferner bezieht  
sie aus der Staatskasse das bisherige Stipendium von 150 000 Mark  
weiter. Die Abfindung mit dem Prinzen Max hat im Verfas-  
sungsausschuß eine Änderung erfahren und soll deshalb hier  
nicht nochmals wiedergegeben werden. Der Vertrag enthält  
weiter die Bestimmung, daß der Staat die Verpflichtungen gegen  
die Hofbeamten übernimmt.

Dem Gesetzentwurf ist eine längere Begründung beigegeben,  
in welcher sich u. a. auch eine Berechnung des Domänenvermö-  
gens, das jetzt dem Staate zufällt, und für welches der Groß-  
herzog abgefunden wird, befindet, nach welcher die Domänen  
einen Gesamtwert von rund 90 Millionen haben. Weiter ist  
nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß auch das Weiterarbeiten  
der Karlsruher Kunstschule, deren lotharische Stücke Eigentum des  
Großherzogs sind, dem Lande unverändert gesichert ist. Am  
Schlusse der Begründung wird hervorgehoben, daß, wenn das  
Ergebnis der Auseinandersetzung mit einer bei der jetzigen Fi-  
nanzlage erträglichen Belastung für den badischen Staat erreicht  
worden ist, dies vor allem dem verständnisvollen Entgegenkom-  
men des Großherzogs und seiner Familienangehörigen zu ver-  
danken ist, die sich in ihren Ansprüchen erhebliche Beschrän-  
kungen auferlegten und damit persönliche Opfer gebracht haben,  
die dem badischen Staat und Volk zugute kommen. Die vor-  
läufige Volksregierung spricht daher dem früheren Landesherren  
und seinen Angehörigen den Dank des Volkes aus.

Der Verfassungsausschuß befaßte sich in seiner gestrigen Sit-  
zung nochmals mit dem Gesetzentwurf betreffend die Ausein-  
andersetzung mit dem Großherzoglichen Hause. Es wurde mit-  
geteilt, daß sich Prinz Max mit der Herabsetzung der für ihn  
bestimmten Entschädigungssumme von drei Millionen Mark auf  
zwei Millionen Mark einverstanden erklärt habe. Der Verfas-  
sungsausschuß änderte den Gesetzentwurf dahin ab, daß der  
Großherzog statt sechs Millionen Mark acht Millionen Mark  
Kapital erhält und sich Prinz Max über die ihm zufallende Ab-  
findungssumme mit dem Chef des Großherzoglichen Hausver-  
mögens auseinandersetzen soll.

### Anfragen und Anträge in der National- versammlung.

Die Abgg. D. Holtermann und Gerhoffer haben folgende  
kurze Anfrage eingebracht: Soviel uns bekannt, schweben schon  
seit längerer Zeit Verhandlungen der provisorischen Regierung  
mit dem eidgenössischen Bundesrat betr. Wiedereröffnung des  
badischen Bahnhofs in Basel. Ist die provisorische Regierung  
in der Lage, über den Stand dieser Verhandlungen Mitteilung

zu machen, bezw. den Zeitpunkt, bis zu dem die Wiedereröff-  
nung des badischen Bahnhofs in Basel für den Ferienverkehr  
in Aussicht steht? Wir beglücken uns mit einer schriftlichen  
Antwort.

Über die Lebensmittelvorsorge (Kartoffelversorgung) haben  
die Abgg. Karl Mager, Schöfle (Deutschnationale) folgenden  
Antrag der Nationalversammlung vorgelegt: Wir beantragen,  
daß die Nationalversammlung in Verbindung mit den Regie-  
rungsorganen und den Kirchenbehörden, falls diese dazu bereit  
sind, eine das ganze Land umfassende und einheitliche Aktion  
unternehmen zu dem Zweck, eine freiwillige Sammlung von  
Kartoffeln gegen Bezahlung zu veranstalten. Falls die Natio-  
nalversammlung dem Antrag im Grundsatze zustimmt, soll eine  
Kommission von 7 Mitgliedern der Kammer mit der Ausarbei-  
tung der Ansprüche an die ganze Bevölkerung sowie den weite-  
ren nötigen Maßnahmen betraut werden.

Die von den Abgg. Spang und Genossen (Zentr.) wegen der  
Übergriffe gegen die Pressefreiheit eingebrachte Interpellation,  
den Schutz der persöhnlichen und der Pressefreiheit betreffend,  
lautet: Die neue badische Verfassung sieht das Recht der freien  
Meinungäußerung, insbesondere die Pres- und persönliche  
Freiheit vor. Im Gegensatz hierzu haben in Billigen verschiede-  
ne Personen, darunter Mitglieder des Arbeiterrates, den  
Redakteur Fehde vom Billinger Volksblatt gezwungen, die  
Leitung dieses Blattes niederzulegen und innerhalb 24 Stun-  
den die Stadt zu verlassen. Was gedenkt die Regierung zu  
tun, um derartige Ungeheuerlichkeiten in Zukunft unmöglich zu  
machen und der so angegriffenen Person zu ihrem Rechte zu  
verhelfen?

### Die Abänderung des badischen Ver- waltungsgesetzes.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung nahm gestern  
den Regierungsentwurf betr. Abänderung des badischen Ver-  
waltungsgesetzes an. Die von ihr vorgenommenen Änderun-  
gen sind folgende:

Die Zahl der Bezirksräte, die bisher 6-9 betrug, wird in  
Zukunft 6-15 betragen und zwar wird das Ministerium er-  
mächtigt, für die Wahl des Jahres 1919 ohne Vernehmung  
der Kreisversammlung die Zahl der Mitglieder des Bezirks-  
rates zu bestimmen, die für jeden Bezirk mit Rücksicht auf seine  
Volkzahl zu wählen sind. In gleicher Weise erfährt die Zahl  
der Kreisabgeordneten eine Erhöhung dadurch, daß schon auf  
je 7000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, statt 10 000 wie  
vorgesehen und die Mindestzahl für die Bezirke von 5 auf 7 er-  
höht wird. Für die Mitglieder des Kreisaußschusses, die aus  
der Zahl der Kreisabgeordneten gewählt werden, treten Ersta-  
männer in die Kreisversammlung ein; die Kreisversammlung  
besteht also aus den Abgeordneten und dem Kreisaußschuß.  
Entsprechend der Bestimmung bei der Revision der Gemeinde-  
und Städteordnung wird auch für die Bezirke des Kreis- und Kreis-  
abgeordnetenwahlbezirks das Ende der Amtsdauer auf November  
bis Dezember 1922 festgesetzt. Da die Wahlen der Stadt- und  
Gemeindeverordneten sowie der Bezirksräte und Kreisabgeord-  
neten gleichzeitig vorgenommen werden sollen, wurde bestimmt,  
daß diese auf einem Stimmzettel vorgenommen werden müssen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

BC. Dinglingen bei Lahr, 23. März. Bei einer Haus-  
suchung in der Wohnung des verhafteten Leiters der hiesigen  
Volkswehr, Friedrich Klump, wurde eine größere Anzahl  
Waffen mit Munition und ungefähr 300 Liter Benzin vor-  
gefunden. Das Benzin rührt wahrscheinlich aus einer Luft-  
schiffhalle her.

B. C. Konstantz, 20. März. Die Fahnder Fischer und Bed-  
nahmen hier in dem Hotel „Barbarossa“ eine Kontrolle vor.  
Dabei erschienen ihnen zwei aus Mannheim eingetretene  
Personen als verdächtig und sie luden sie ein, mit ihnen nach  
der Wache zu gehen. Einer von den Gesellen schloß hintertrück  
dem Schuttmann Fischer in die Brust und verletzte ihn schwer.  
Sergeant Bed wandte sich gegen den Täter, erhielt aber im  
gleichen Augenblicke einen Streich am Kopf. Der Ver-  
brecher gab noch mehrere Schüsse ab und trat seinen Kom-

geschaffenen Reide Kaiser Wilhelms I. und seiner Palatine  
nach, der neue soziale und demokratische Volksstaat. Und  
in diesem neuen Staat wuchsen auch der Presse neue soziale  
Rechte, neue nationale Pflichten.

Der Presse war im Laufe des Krieges die große Führer-  
schaft, die sie sich die gesammelte seelische Kraft und vater-  
ländische Begeisterung des Volkes widerspiegelte, von dem  
Unverständnis herrschender Gewalten aus der Hand genommen  
worden. Sie, die nur auf dem Grunde vollkommener gesell-  
schaftlicher Freiheit und persönlicher Verantwortungsgefühls dem  
Volke ein wahrer Spiegel seiner selbst, ein rechter Wegweiser,  
Barnier, Führer und Mitkämpfer sein kann, diese geistige  
Großmacht, wie man sie immer genannt, wurde als erste wie  
ein befehltes Gebiet behandelt, ein willenloses militärisches In-  
strument befehlsgemäßer, unverantwortlicher Diktatoren des  
Journalismus, die rauh in das freie Saitengefüge griffen und  
sich dann wunderten, wenn es mit seinen Klängen nicht mehr  
wie früher den Weg zur Seele des Volkes fand.

Ungefragt bleiben wird deshalb uns allen, die wir aus  
den Kreisen der Karlsruher Presse der Geburtsstunde der  
neuen badischen Volksregierung beimohnen, wie diese vom  
ersten Augenblick an in der Presse das Sinnbild und Palladium  
der wahren Freiheit des Volkes erkannte. Als ich damals als  
Vorsitzender des Vereins Karlsruher Presse an die zur ersten  
Sitzung im Rathaus zusammengetretene neubildete vorläufige  
Regierung die Forderung nach völliger Wiederherstellung  
der Pressefreiheit richtete, erklärte der neue Minister des In-  
nern, Herr Dr. Haas, unter Zustimmung der übrigen Mit-  
glieder der Regierung: „Die Presse im neuen Volks-  
staate Baden ist frei in jeder Hinsicht; sie kann nach  
ihrer ehrlichen Überzeugung schreiben was und wie sie will.“

Dies Wort, das nur reinster Wille, ein aufrichtiger Sach-  
walter des Volkes zu sein, sprechen konnte, sicherte der Regie-  
rung die Mitarbeit der Presse in höchstem Grade, als irgend  
ein Wadagebot es hätte tun können. Denn es zeugte zugleich  
von stärkstem menschlichen Vertrauen in die Gesinnung der  
Männer, in deren Hand es wieder eine große Macht über die  
Gemüter lagte. Nicht Parteipolitik war es, die damit sonst ge-  
eignet Paradiesernde nur zufällig zusammenband, sondern ein  
anderes, unendlich viel höheres: die gemeinsame Liebe zu  
Volk und Vaterland. Und dazu kam für uns die feste Über-  
zeugung, daß die Männer, die in schwerer Stunde die Verant-  
wortung der Staatsleitung übernahmen — aus welchen Par-  
teien sie auch immer hervorgegangen — ihrer Aufgabe als Führer  
des gesamten Volkes sich ernst bewußt waren.

So haben wir denn auch, jeder nach seiner Veranlagung,  
seiner politischen Entwicklung und seinem persönlichen Tempera-  
ment, mit redlichem Herzen das Bemühen der Regierung  
unterstützen können, zuerst und vor allem die aus all ihren  
Tugenden gehende, im ganzen Gebiete tragende Staatsordnung  
aufrecht zu erhalten und entscheidend zurückzuweisen, was ihr

darin von intransigentem Seite in den Weg zu treten drohte,  
es sei, woher es kam. Und wenn eine Diktatur der Presse  
Anstalt machte, das Recht der Freiheit der Presse anzutasten,  
so hat noch in den jüngsten Tagen die Regierung durch den  
Mund des Herrn Ministers Dr. Haas geäußert, wie sie sich stets  
bewußt blieb, daß in der Freiheit der Presse zugleich die wahre  
Freiheit des Volkes selbst ihre sicherste Gewähr hat. Hierfür  
den anwesenden Herren der Regierung und im besonderen  
Herrn Dr. Haas den vollen Dank der Presse auszusprechen,  
ist mir eine liebe Pflicht.

Mit freudigem Danke auch werden die aus dem Felde und  
dem Gerechtheitsheimgekehrten Mitglieder des Vereins Karlsruher  
Presse erkennen, wie die Genugtuung, sie wieder unter  
uns begrüßen zu können, nicht Galt macht vor dem engen  
Rahmen der Berufsgenossen. Wir freuen uns mit ihnen der  
Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten und der  
übrigen Herren der Regierung, der Vertreter badischer  
Truppenformationen, des Bezirksamtes, des Herrn  
Oberbürgermeisters und des Herrn Bürgermeisters, der  
Vertreter von Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie,  
die wir mit ihren verehrten Damen hier herzlich bewillkommen.  
Ihre Anwesenheit verbürgt uns, wie nach die Gemein-  
schaft der Presse mit allen Ständen und Berufsgruppen ein-  
gefunden wird, wie stark das Gefühl der Notwendigkeit einer  
gemeinsamen Arbeit in allen Fragen des allgemeinen Wohls  
ist, wie auch die Kritik, wo sie von ehrlichen Männern geübt  
wird, nicht minder als Mitarbeit erkannt wird, wie die freudige  
Zustimmung. Zu solcher Mitarbeit heißen wir auch die  
Heimgelohnten willkommen. . .

Als wir unsern unergelichten Freund Wilhelm Kolb, mei-  
nen lieben Vorgänger im Amt des Vorsitzenden dieses Vereins,  
zur letzten Ruhe bestatteten, da umlang seinen Sarg das er-  
greifende Wort des deutschen Arbeiterliedes: „Ein Sohn des  
Volkes will ich sein.“ Das sei uns allen ein höchstes Bekennt-  
nis, wie auch sonst unsere Wege verschieden, unsere politische  
Ansichtungen andere sein mögen. Als Söhne des Volkes  
können wir nicht unehrlich sein an unserer Mutter. Zu ihrem  
Dienst eint uns gemeinsame Liebe, gemeinsame bestes Wol-  
len. Uns alle mit Euch, den zu uns Heimgelohnten, die Ihr  
Eurem Volke Eure Liebe mit Einfach Eurem Lebens bewiesen  
habt. Ihr werdet ihm auch ferner die Treue halten, wo Ihr  
das Schwert wieder mit der Feder verlaßt.

Und so grüße ich die Heimgelohnten mit herzlichstem Will-  
kommensgruß und mit mir grüßt Euch der alte Verein der  
Berufsgenossen, grüßt Euch dieser ganze um Euch gescharte,  
zu Euren Ehren verammelte Kreis von Männern und Frauen.  
Zu freudig-erstem Wirken im neuen Staat, im alten Volk!  
Unsere heimgekehrten Freunde sie leben hoch!

Nachdem die freudig aufgenommenen Hochrufe verklungen  
waren, nahm der Minister des Innern Dr. Haas  
das Wort zu einer auch politisch bedeutungsvollen Rede. Auch er ge-  
dachte mit Behmut der glücklichen Zeiten, in denen er unter

gigen in die Brust, der kurz darauf tot zusammenbrach. Dann floh er auf die Straße. Dort gab es eine weitere Schieberei. Dabei wurde der Verbrecher durch einen Schuß in die Brust unschädlich gemacht. Bei Durchsuchung des Zimmers fand man eine Menge Glasperwerfzeug und eine Mitgliedskarte der kommunistischen Partei in Mannheim. Die Papiere der beiden lauten auf den Namen Eidelwein aus Osnabrück bei Bremen.

## Badische Zeitungsstimmen.

**Badische Lebensfragen.** In der badischen Nationalversammlung hat vor einigen Tagen der Zentrumsabgeordnete Köhler auf die Gefahren hingewiesen, die aus der Suche des Reichs nach neuen Steuerquellen bei der auch an bisher den Einzelstaaten vorbehaltenen Steuern gedacht ist, für uns erwachsen. Er hat dabei die badische Einkommensteuer, die Biersteuer und die Branntweinsteuer als in erster Linie bedroht bezeichnet. Mit Bezug hierauf schreiben die „Konstanzer Nachrichten“ u. a.: „Der genannte Abgeordnete hat von der Regierung dringend verlangt, daß sie hier seit diebe und nicht die letzten Reste der badischen Selbständigkeit opfere. Erfolgreicherweise hat die Erklärung des Finanzministers Dr. Wirth diesem Verlangen vollständig entsprochen. Auch in der weiteren in Weimar debattierten und der Frage der Überführung der Erhebung und Verwaltung der Bille auf das Reich formulierte der Abgeordnete Köhler die Forderungen, die nicht nur das badische Volk, sondern insbesondere auch die badischen Südtür bei einer Übernahme der Verwaltung durch das Reich zu stellen haben. — Doch damit nicht genug. Neue Probleme tun sich auf, über die in der aller nächsten Zeit in Weimar entschieden werden wird. In dem Entwurf einer deutschen Reichsverfassung war vorgesehen, daß für die Regelung der Beziehungen des Staates zu Kirche und Schule ein Reichsgesetz die erforderlichen Richtlinien geben wird. Also ein weiterer Eingriff in die bisherige Selbständigkeit der Einzelstaaten auf diesem Gebiete. Weitere wichtige Fragen betreffen die Zukunft unseres Heeres und der Eisenbahnen. Was die Abgabe der ertreuerlichsten Steuern und der Eisenbahnen an das Reich für haben bedeuten würde, liegt auf der Hand. Es wäre, glatt herausgesagt, die Aufgabe der Selbständigkeit, auch wenn eine solche hundertmal in der Reichsverfassung verankert wäre. Denn wenn das große Verkehrsministerium der Eisenbahn, wenn die Verwaltung der Bille und Reichsteuern auf das Reich übergeht, wenn die bisherigen reichsweiten Einnahmequellen für den badischen Staat von Reich in Anspruch genommen werden, wenn man in Fragen der Kulturpolitik von Berlin aus reglementieren will, so hat er damit tatsächlich die Voraussetzungen seines selbständigen staatlichen Lebens verloren. Es fehlen ihm dann einfach die Mittel, ein, wenn auch noch so bescheidenes einzelstaatliches Leben zu führen. Wir möchten heute von weiteren Ausführungen über dieses Gebiet absehen. Die Aufklärung der Probleme allein dürfte genügen, jedem Wadener die Größe der Gefahr vor Augen zu führen. Eine Mißverständigung liegt auf den Männern, denen in der badischen Nationalversammlung und in der Regierung die Entscheidung über diese Lebensfragen obliegt. Vielleicht holt eine öffentliche Erörterung der Materie das noch nach, was bis jetzt in der Nationalversammlung nicht umfassend zum Ausdruck kam; vielleicht äußert sich auch das Volk und gibt seinen Vertretern die von ihm erwünschten Richtlinien. Es ist aber Zeit dazu, allerhöchste Zeit.“

**Zur Annahme der badischen Verfassung** schreibt der „Vollstrecker“ einen Epilog, in dem es u. a. heißt: „In den Nationalversammlungen haben wir Revolutionsparlamente mit ganz bestimmten Arbeitsplänen. Für Baden ist dieses Plenum in der Hauptsache, d. h. in seinem geschäftlichen Entwurf gelichtet worden. Die Parteien der Badischen Nationalversammlung haben nun seit Donnerstag ihre Vertreter auf die Parlamentstrübene geschickt, um das Fazit über ein Werk zu ziehen, das sie freilich zustande gebracht und in

legislatorische Form gegossen haben, das aber ins Leben gerufen worden ist und seinen Lebensgeist erhalten hat durch die zwingenden Verhältnisse der Revolution. Diesen Zweifelpunkt, diesen Riß zwischen eigener Macht und Aufzuchtigkeit, diesen Widerwillen, dieses zögernde, gezwungene Mittun an einem Werke, das nun „leider einmal da ist“, hat man so recht aus den Donnerstagsreden der Parteiführer herausklingen hören. Es konnte einen das Frösteln und Gähnen in abwechselnder Reihenfolge ankommen, wenn man den Sprecher der „Deutsch-Rationalen Volkspartei“ über die Revolution, über das alte und über das neue Regime, über die Staatsmaschinerie und die Aufgaben der heutigen Regierung reden hörte. „Es tralle das Alte ins Herz junger Zeit“. Hier merkte man, wie recht der unglückliche Kurt Eisner mit dieser Charakteristik hat. Nur sind es keine Krallen mehr, die da die Herren des ancien regime ins Fleisch der Gegenwart schlagen können, sondern stumpf gewordene Fährten, durch deren Räder „noch viel eitles Wort“ oft gesprochen werden kann. Und wahrlich, es geschah mit wenig Geist, mit so wenig Kunst der Rede, selbst mit so wenig Temperament, daß der Zuhörer wie unter einer sämmerlichen Operation litt: man ist die Sache endlich fertig. Geist, Kunst der Rede, Temperament! Das sind doch Qualitäten, mit denen jedes Revolutionsparlament toll und überladen war. Wie in aller Welt geht es zu, daß unsere Nationalversammlungen so verlassen von diesen Dingen sind, daß überall nur die und da das Licht eines bedeutenden Intellekts aufleuchtet, nur hier und da einer das parlamentsmäßige Mittelmaß geübter Metaphorik überträgt, nur hier und da einer, als wäre eine Schande, daß man noch mit Temperament für seine Überzeugung wirken kann? Günde hat das schon. Einseitigen bleibe es bei dieser Feststellung dieser betrieblenden Tatsache.

Man kann das so ziemlich alles auch vom Sprecher der deutsch-demokratischen Partei sagen. Wenn Wladislaw Gieseler, der liberale Politiker so gerne beschwören, berniederstiege und sich seine heutigen Parteivertreter ansehen würde! Er würde gewiß Zeitgrüße in dieser Revolution verpirchen und wie schlimm wir auch daran sind, was auch zu schaffen und zu besorgen sein wird, angedächts unserer Gegenwart würde er noch einmal singen: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag. Man weiß nicht, was noch werden mag. Das Wissen will nicht enden.“ Wenn er aber diesen politischen Redefahrer ansehend hätte wie der so schwunglos, so lieblos, so mit hundert Wenn Aber sich die Befreiung zur Revolutionsverfassung abrang, wenn Wladislaw erlebt hätte wie Kurt, der „liberale“ Eisner in elegischer Trauer den Herrlichkeiten des verdrängten Staatsystems und seiner monarchischen Spitzen nachblühte, wie unter jedem Wort der unterdrückte Seufzer: „Ach Gott, wäre doch bloß das Maßwerk vom 9. November nicht passiert“ herausbrach, wahrlich, der herrliche Freiheitkämpfer Wladislaw hätte diesen „Revolutionsparlamentarier“ an die Seite seines konservativen Vorredners gewiesen, als Blut von dessen Blut, als vornovemberrliche und vornovemberrliche Fossilie. Und beiden hätte er das Bortiffat ausgespielt: „Meines Geistes spürt ihr keinen Hauch.“

## Aus der Landeshauptstadt.

### Landestheater.

Wir hängen doch sehr an alten Gepflogenheiten. Eine davon ist das „feilliche“ Begehen von Gedentagen. Eigentlich müßte die junge Republik die große Riste einer Revision unterziehen, um festzustellen, welche von den monarchisch abgestimmten Jubiläen für die Neuzeit „gerettet“ werden können und welche als „ungeeignet“ zu streichen sind. Mit Kobzeube ist das ja auch eine mißliche Sache. Was man mit dem die Hofe streifenden Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter“, die meine natürlich mit der Aufführung am Vorabend des 100jährigen Gedentages von Kobzeubes Ermordung eigentlich sagen wollte, dürfte jedoch nicht ganz leicht festzustellen sein.

Aber warum soll man sich bei solchen Anlässen überhaupt immer etwas denken! Bei Kobzeube ist das schon gar nicht

nötig. Er bleibt so liebenswürdig in der Oberfläche; seine Kleinstädter sind so herzlich und beschwert von jeglichen Problemen; mit ihrem engen Horizont, der über Strahwintels Stadtmauern nicht hinausreicht, sind sie von einer geradezu bewundernswerten Zufriedenheit und Selbstgenügsamkeit. Bis zur glücklichen Ankunft der ententlichen Lebensmittelschiffe kann man sich gar keinen nervenstärkeren Erholungsort denken, als das Kobzeubische Strahwintels.

Es ist ein herrliches Gefühl, von der Höhe einer neuen freizeithlichen Zeit auf das Getriebe so erbärmlicher Kleinstädter herabzublicken zu können, die noch an Titeln und Namen hängen, während wir moderne Menschen über derartige Nebenächlichkeiten weit erhaben sind. Aus dieser stolzen Überzeugung entspringt im Zuschauer das Gefühl der Überlegenheit und damit hat der Dichter die Sympathie des Publikums gewonnen. Denn die Genugtuung, sich reifer, moderner, aufgewarter fühlen zu dürfen, löst eine ganz besonders angenehme Stimmung aus. Aus diesem Grunde werden die Kobzeubischen „Kleinstädter“ auch noch in späteren Zeiten auf Weisfall rechnen können, vielleicht auch dann noch, wenn man sie in den Kostümen unserer Zeit spielen könnte.

Die Aufführung war recht gut, weil alle Mitwirkenden bei der Sache und bei guter Laune waren, und weil Herr Fritz Herz als Leiter das Spiel mit einer behaglichen Stimmung erfüllte und alles, was an Komik, Biz und Humor aus dem Stück herausgeholt werden konnte, ohne ins Possenhafte zu verfallen, recht wirksam zur Geltung brachte. Frau Big hatte ihren großen Tag. Ihre Frau Unter-Steuer-Einnahmerin Saar war von einer so unumwiderstehlichen Komik, daß nicht nur die Menschen erschüttert waren, sondern auch die Fische aus dem Becken gingen. Und immer wieder muß man bei dieser Künstlerin einen Umstand besonders lobend erwähnen: ihre vorbildlich deutsche Aussprache. Auch Herr Höcker, der den Kirchenwortsicher Saar gab, bot eine ausgezeichnete, mit trefflich beobachteten Einzelzügen ausgestattete Leistung vornehmer, innerer Komik. Auch die Fräulein Koorman und Frauendorfer als die beiden Mägen Brendel und Morgenroth trugen viel köstlichen Humor in die Szenen hinein, wenn sie wie hoch aufgetakelte Fregatten ansetzten, sich vor Anker legten oder tief beleidigt abrauschten. Diesen effektvoll herausgearbeiteten Leistungen gegenüber gab sich Herr Dapper als Bürgermeister zu äusserlich und trocken, und Herr Müller als Spertling verausgabte sich zu früh, so daß ihm Steigerungen nicht mehr zu Gebote standen. Und Herr Esfel als Olmers und Fräulein Holm als Sabine, deren Aufgabe als aufgeklärte Großstadtkinder einzig und allein darin bestehen konnte, so viel kleinstädtischer Verschobenheit gegenüber sich frei und natürlich zu geben, begegneten damit viel geringerem Interesse, als sie eigentlich verdienen hätten. Aber der Weisfall gehörte eben diesmal den herpottetsten Kleinstädtern, wie sie uns im Spiegel des Kobzeubischen Lustspiels vorgehalten wurden.

Sugo Keller.

sch. Kolosseum. Auch das Programm der 2. Märzhälfte kann im allgemeinen als ein gutes angesehen werden. Burgos Comp. arbeiten am Schwungheil in vorzüglicher Weise; nicht minder Hermann und Vertram am dreifachen Red. Lotte Hüller bringt verschiedene Langkünste. Für den Humor sorgen der bairische Humorist Lampi Maxl, als auch Fiesanne Max. Lotte Max tritt als Historikerin und Rechen-Künstlerin auf und Childa bringt einige Geschichtsfestspiele. Eine Exzentric-Parodie führen die fideleu Gelfsgrat-Knacker vor.

## Verschiedenes.

Die Grippe in Japan und Indien. Die „Jüdische Volkszeitung“ meldet aus Tokio: In Japan wütet die Grippe gegenwärtig mit unerhörter Heftigkeit. Es sollen bisher mehr als 8 Millionen Krankheitsfälle vorgekommen sein, von denen 55 000 einen tödlichen Ausgang nahmen.

den Mitgliedern des Pressevereins weihen konnte und insbesondere des verstorbenen Abgeordneten Kolb, dessen Wert für das badische Volk wir zwar schon früher erkannten, den aber gerade in den letzten Wochen ein jeder aufs schmerzhafteste vermisse, sowie der gefallenen Mitglieder. Aber, so ungerade führe er weiter aus, wir wollen jetzt den Blick nicht nach rückwärts richten, sondern nach vorwärts. Es heißt jetzt den Stat neu aufbauen, und da darf ich in ganz besonderem Sinne Ihre Kollegen begrüßen, die aus dem Felde heimgekehrt sind. Ich habe den Glauben, daß gerade die, die draussen standen, in allen Berufen, auch im Journalistenberuf, von besonderem Wert für diesen Neuaufbau sein werden; denn sie haben dort das gelernt, was wir jetzt besonders brauchen, vor allem die Erkenntnis, wie lächerlich und verroffelt unsere alten Standesvorurteile waren. Der soziale Sochmut ist verschwunden, man hat gesehen, daß tüchtige Männer aus allen Berufen und aus allen Klassen kommen. Auch die Parteiteilgenossen sind milder geworden. Die Vertreter der verschiedensten Anschauungen lagen nebeneinander im Schützengaben und haben gute Kameradschaft miteinander gehalten; sie werden auch später sich verstehen. Jeder muß seine politische Überzeugung haben, aber er muß auch die des anderen achten. Der Geist des gegenseitigen Vertehens, der Duldung, der politischen Toleranz; was wird er uns wert sein in den nächsten Jahren! Ferner haben die Gemeisprechenden mitgebracht den praktischen Blick, sie haben gelernt, niederen und klar zu denken, die Ruhe zu bewahren, nicht so schnell nervös zu werden, und ferner etwas, was für die Presse von besonderem Wert ist: nicht jedem Gerücht zu glauben. Aber noch eines: wenn wirklich eine Zeit der Völler-verständigung kommen sollte, wenn es noch möglich sein sollte, einen Völlerbund zu schaffen: die bei uns, aber auch bei unseren Feinden am schnellsten und stärksten in diesem Sinne arbeiten werden, das sind die, die draussen im Felde standen und kämpften. Ich will den Glauben nicht aufgeben, daß auch bei den Feinden eines Tages das Urteil derer maßgebend sein wird, die draussen standen, und daß ihre vernünftigeren Anschauungen den Haß und die irrfinnigen Forderungen der alten Männer wie Clemenceau, die nicht selbst an den Kämpfen teilgenommen haben, besiegen werden. Wir wollen ihnen helfen. Ich habe die Hoffnung, daß unsere Regierung stark genug sein wird, um nur einen Frieden zu schließen, der restlos den 14 Punkten Wilsons gerecht wird. Die Andern brauchen diesen Frieden auch. Wenn wir die Ruhe bewahren, wird uns ein Friede werden, mit dessen Hilfe das zerstörte wieder aufgebaut werden kann.

Ich danke den Herren Zuhörern für die Worte, die er den Regierungvertretern gewidmet hat. Wir wollen ein gutes Verhältnis zur Presse haben, aber keine Pressebeeinflussung. Ich glaube, auch dies sollte uns der Krieg gelehrt haben. Viel- leicht erklärt sich ein gut Teil unseres Unglücks daraus, daß die Presse in unachtsamer Weise beeinflusst ward. Hätte die Presse nach ihrem Willen schreiben können, dann wäre die Einsicht früher bei uns gekommen. Die unfreie Presse macht

auch die Regierung unfrei. Denn durch sie war eine Volksstimmung entstanden, auf die die Regierung auch dann noch Rücksicht nehmen mußte, als sie durch die Tatsachen anderer Meinung geworden war. Was wir wollen, ist die Mitarbeit der Presse in dem Sinne, daß wir uns über die Dinge miteinander aussprechen, miteinander überlegen, und die Presse bitten, uns zu helfen, wenn sie es nach ihrer Überlegung und Überzeugung zu tun imstande ist. Und die Presse hat uns schon viel geholfen und wird es weiter tun. Wir verlangen nicht Begeisterung für alles; es schien mir zuweilen in der letzten Zeit sogar der Begeisterung fast zu viel zu sein. Um eines aber möchte ich bitten, daß wir bei allem, was wir schreiben, Rücksicht nehmen auf die politische Lage und Wirkung. Wir müssen uns klar werden, daß die Verantwortung heute viel größer ist als früher. Die politischen Führer, und zu diesen gehören die Redakteure, tragen eine ungeheure Verantwortung. Manchmal habe ich den Eindruck gehabt, daß nicht immer genügend Rücksicht darauf genommen wurde, daß wir jetzt in Baden ein Koalitionsministerium haben. Von Karlsruhe gilt dies zwar nicht, aber vom Lande draussen. Dort müßte manchmal bei aller Wahrung der Parteiprinzipien darauf geachtet werden, daß die Parteien nicht in einer Weise gegeneinander verärgert werden, die ein gutes Zusammenarbeiten ihrer Vertreter unmöglich machen. Noch um eines möchte ich bitten, nämlich darauf hinzuwirken, daß die traditionelle Gewohnheit auf die Regierung zu schimpfen, lässig aufhört. Wir sollten daran denken, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient und die es sich selber schafft. Heute ist jedem die Möglichkeit gegeben, auf die Bildung der Regierung in seinem eigenen Sinne hinzuwirken. So lange aber die Regierung das Vertrauen der vom Volk gewählten Vertreter besitzt, sollte das Volk sich auch hinter sie stellen. Der Staat, den wir bauen, kann nur bestehen, wenn sich das Denken auf ihn, auf das parlamentarische System einstellt. Wirkliche Hilfe kann uns ferner nur werden, wenn die Presse ganz frei ist. Deshalb habe ich diese rüchichtslosen Worte neulich in der Nationalversammlung angebracht, als es sich darum handelte, sich für die Pressefreiheit einzusetzen. Auch der politische Gegner muß das Recht haben, zu schreiben wie er will. An diesem Prinzip darf die Regierung nicht rütteln lassen, und es darf keinen Grund geben für eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung des Redakteurs. Wir sehen eine Aufgabe der Regierung darin, für den Schutz der Pressefreiheit zu sorgen. Das letzte, warum ich Sie bitte, ist das: helfen Sie uns, den Glauben an den neuen Staat und die Freude am neuen Staat zu schaffen und stärken. Sie müssen die Menschen auch mit dem Glauben an sich selber erfüllen. Das ist das Furchtbare, daß so viele den Glauben verloren haben, den Glauben an sich selbst, den Glauben an das Vaterland. Ein neues gutes, starkes Staatsbewußtsein muß geschaffen werden. Und dazu muß die Presse helfen. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf die badischen Journalisten, in das mit lautem Beifall eingestimmt wurde.

Nach Worten herzlichen Dankes an den Verein, die offiziellen

Persönlichkeiten, die Mitwirkenden, Freunde und Gäste gab namens der Feldzugsteilnehmer Herr Karl Joho etwa noch folgenden Gedanken Ausdruck:

Ganz anders sind wir zurückgekehrt, als wir alle gewünscht haben und hoffen durften. Doch lassen wir trostlos und allden den Mut nicht sinken und unser Herz nicht zagen. Aus dem Chaos von heute will was Neues, Heiliges, Großes, Gewaltiges keimen. Aus Not und Trübsal, aus Totenlagern morgen dämmert der urzeitige, von den Weiten me aufgeborene Traum von der Menschenverbrüderung auf und von dem Frieden auf Erden für alle, die eines guten Willens sind. — Wir, die Mittler zwischen den erzeugenden Mächten und der Öffentlichkeit, die wir alle Erscheinungen auf den Gebieten der Kunst, der Kultur, der Politik, der Gesellschaft als handlich geprägte Scheidemünze an unsere Volksgenossen weitergeben, wir horchen dank dieser Tätigkeit und Übung intuitiv und empirisch in das Wesen der Dinge tief hinein und benehmen da zuweilen Mängel der Zukunft. Aus diesem Wissen um die geheimnisvollen immanenten Geisteskräfte, aus der täglichen Stellungnahme zu den Problemen unserer Künstler und Staatsmänner steigen in Sonntagsstunden prophetische Gesichte und Zukunftsbildungen heraus. So will ich mir gerade aus dem Dunkel und der Wirnis der Gegenwart heute an diesem schönen Abend der Jubelfeier lösen:

Dann aber kommt Johannistag!

Und abermalen Bagnernorte aus dem Wunderwerk, dessen Quintessenz in den nächsten Minuten unser Ohr erquiden und mit feinen beziehungsollen Worten von dem „himmlischen Morgenluft“ und dem „Morgentraum“ die Last des Tages im Daseinswonne und Zukunftsfrohlichkeit wandeln soll und zum dritten Mal Hans Sachsens Verse selber als Mahnung der Heimat an uns und als zwerfichtlicher Dankes- und Schlusgruß:

„Mach' auf, es naht gen den Tag,  
Ich hör' singen im grünen Hag  
Eine wonnigliche Nachtigall,  
Ihr Stimm durchflügel Berg und Tal:  
Die Nacht neigt sich zum Olybent,  
Der Tag geht auf vom Orient,  
Die rohrünstige Morgenrot,  
Der durch die trüben Wolken geht.“

An die treffliche Rede schloß sich der musterghltige Vortrag des Quintetts aus den „Meisteringern“ durch die Damen Saji und Bruntsch und die Herren Schöffel, Seydel und Büttner; die Begleitung am Flügel führte Kapellmeister Schweppe mit feinem Verständnis aus.

Mit dieser glänzenden künstlerischen Darbietung hatte der erste Teil der Feier sein Ende erreicht. Im folgte ein längeres zwangloses Beisammensein, das durch weitere genutzreiche gesangliche und Instrumentalvorträge der Mehrzahl der bereits erwähnten Künstler und Künstlerinnen in dantenswerter Weise gewürzt wurde. Der Verein Karlsruhe Presse darf mit Befriedigung auf den Verlauf dieses schönen und harmonischen Abends zurückblicken.

Eintrliche Bekanntmachungen.

Zimpfung betr.

Die unentgeltliche Zimpfung der Kinder hiesiger Stadt, welche westlich der vormaligen Rheinbahn und im Stadteil Mühlsburg wohnen, wird in der Zeit vom 1. April bis 29. April 1919 jeweils Dienstags durch Herrn Geheimen Obermedizinalrat Dr. Gausler im Zimpflokale, Hardtstraße 5 (ehemaliges Rathaus Mühlsburg) abgehalten werden und zwar:

Table with 2 columns: Date and Time. Rows: Dienstag, 1. April 1919, nachm. 1/5-7/5 Uhr; 8. April, nachm. 1/5-5 Uhr; 15. April, nachm. 1/5-5 Uhr; 22. April, nachm. 1/5-5 Uhr; 29. April, nachm. 1/5-5 Uhr (Nachschau).

Geimpft muß werden:

- 1. jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blattern überstanden hat;
2. jeder Bögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule innerhalb des Jahres, in dem er das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist;
3. ältere impfpflichtige Kinder und Böglinge, welche noch nicht oder schon einmal oder zweimal, jedoch ohne Erfolg, geimpft wurden.

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlenen dem Gesetz zuwider der Zimpfung entzogen bleiben, werden an Geld bis zu 50 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. Für Kinder, welche von der Zimpfung wegen überstandener Blattern oder früherer Zimpfung befreit sein sollen oder zurzeit ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht geimpft werden können, sind die ärztlichen Zeugnisse, letzterenfalls mit genauer Angabe des Grundes, weshalb und auf wie lange die Zimpfung unterbleiben darf, dem Zimpfamt (Großh. Bezirksarzt) vorzulegen. Ferner muß in den Zeugnissen Vor- und Zunamen und das genaue Geburtsdatum des Kindes angegeben werden.

Die geimpften Kinder müssen bei Strafvermeidung zu der von dem Zimpfamt bei der Zimpfung bestimmten Zeit zur Nachschau gebracht werden.

Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen Zimpfungen zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden.

Die Kinder müssen zum Zimpftermine mit rein gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern erscheinen.

2.331 Karlsruhe, den 21. März 1919. Bezirksamt - Polizeidirektion. D-3. 105

Pferdeeräude betr.

Unter den Pferdebeständen des Christian Seig, Metzger Otto Pfattheicher und Hermann Grimm in Dautenloch ist die Räude ausgebrochen.

2.350 Karlsruhe, den 21. März 1919. Bezirksamt. D-3. 108

Mittwoch, den 26. März 1919:

Anfang 1/8 Uhr. Festhalle. Ende 1/10 Uhr.

Vollständiges Sinfoniekonzert

der Kapelle des Landestheaters.

- 1. Ouvertüre zu Turandot von Weber; 2. a) Cavatine aus Berce von Handel, b) Arie aus Mefiste von Gluck; 3. Träumermarsch in Es-moll und Marsch in H-moll von Schubert; 4. Einleitung zum V. Akt und Gebet aus Rienzi von Wagner und 5. Fünfte Sinfonie in C-moll von Beethoven.

Mitwirkende: Edith Sajtik und Josef Schäfer. 1 M., 1.50 M. und 2 M.

Hektographenmasse

beste Qualität, empfehlen

Gebr. Leichtlin, Karlsruhe.

Rieger & Matthes, Nachf.

Inh.: Albert Riegel & Richard Becker. Kaiserstr. 186. Tapetengeschäft Kaiserstr. 186

Reiche Auswahl in Tapeten

von der billigsten Preislage ab.

Wandbepann-Stoffe etc., Künstler-Tapeten nach Entwürfen berühmter Künstler wie Prof. Kleinhempel, Prof. Hoffmann, Architekt Pecher etc.

MÖBEL!

Kompl. Wohnungs- und Küchenausstattungen, einzelne Zita- und Kücheneinrichtungen, sowie Einzeilmöbel, Betten und alle Arten Polstermöbel in reicher Auswahl empfiehlt in altbekannt, guter, solider Ausführung das Möbel- und Betten-Geschäft F. 928

Ludw. Seiter, Waldstr. 7.

Empfehle mich zum Ankauf von Offiziersuniformen, Wäsche, Schmucksachen aller Art F. 986 usw. Geßl. Angebote erbittet

Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft Kronenstraße 52 Telefon 3747.

Metallwerk J. Goeggel & Sohn

Kupfer- und Messingwerke München - Moosach

fertigt

Kupfer, Messing, Tombak, Aluminium

in Platten u. Blechen, Rund-, Vierkant- und Profil-Stangen, Preßteile

Kupferne Lokomotiv-Feuerbuchs-Platten

Kupfer- und nickelplattierte Eisenbleche.

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen Aufzüge Krane Kurze Lieferzeiten.

Altertümer:

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Sickerreien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen Antiquar Sasse, Kaiserstr. 229. Tel. 1134

Günstige Papierkaufgelegenheit für Beamten.

Wir liefern solange Kanzelei bezw. Konzeptpapier, Normal 3a und 4a, gemischt, garantiert holzfrei, II. Wahl, 1000 Bg. = 27.- M., 1000 St. halbe Bg. = 14.- M., 1000 St. 1/2 Kanzeleiblätter = 7.50 M. G. 192 G. Knapp & Cie., Papierwarenfabrik, Pfaffingen (Wtbg.)

Bekanntmachung.

Kriegsnotgeld.

Die von der Stadtgemeinde Hornberg ausgegebenen Kriegsnotgeldscheine in Abschnitten von 10 M. und 5 M. sind nur noch bis 31. März 1919 gültig. Die Einlösung muß spätestens bis 1. April 1919 bei der Stadtkasse Hornberg erfolgen. G. 246.3.2.1

Hornberg (Schwarzwaldbahn), den 22. März 1919.

Bürgermeisteramt: J. B. Ketterer. Aufß.

Sicherste Kapitalanlage

Beträge von M. 100000 aufwärts werden zu 4 1/2 % mündelsicher 5 oder 10 Jahre unkündbar heringegenommen. Angebote zu richten unter F. 926 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

2 Million. M.

sind an Kommunalverbände sofort unter günstigen Bedingungen auf Annuitäten-Darlehen auszuleihen. Geßl. Anfragen unt. G 1 a. d. Karlsruher Zeitung.

Brenn-Holz

Buchen u. Eichen, 3 Streden der Kohlen, Forsten, Tannen (Anfeuerholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle: Gerwigstraße 53

Dr. Kempermann Telefon 5206 Brennholzgeschäft, Spalters- und Bündelholzfabrik, gatteleis der elektrischen Bahn am Schindhof.

Tapeten

große Auswahl, sofort lieferbar Ware, da größere Vorräte. Musterkollektionen zu Diensten. H. Durand, Tapetenhaus Douglasstraße 26, bei der Hauptpost. Telefon 2435 Bodenwachs.

Jäger!

Für Reparaturen an Jagdgewehren ist jetzt die geeignetste Zeit, insbesondere f. Reuschungen u. Umänderungen, Anfertigung v. Einlegeläufen, Ausfertigung von Zielfernrohrmontagen usw. d. Waffen-Ratzel, Kaiserstrasse 229, Eingang Hirschstraße. G. 116

Schöner, großer Bücherhydrant

schwarz Eiche, tadellos erhalten, prächtig zu verkaufen. Amend, Sofienstraße 178 II. G. 251

Raminfeger-Stelle gesucht.

Gepflichter, älterer, verheirateter Raminfegergehilfe sucht dauernde Stelle in Stadt oder Landbezirk. Geßl. Off. unt. G. 250 a. d. Exped. der Karlsruher Ztg.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2.291.2.2. Heidelberg. In der Ehescheidungsache des Bureaubeamten Carl Friedrich Engelhorn in Heidelberg, vertreten durch Rechtsanwält Dr. Kaufmann in Heidelberg, gegen seine Ehefrau Dora Engelhorn geb. Knoke, zuletzt in Hannover, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, ladet der Kläger die Beklagte auf den auf Mittwoch, den 4. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts hier bestimmten Termin zur mündlichen Verhandlung; er nimmt Bezug auf die bereits zugestellte Klageschrift. Heidelberg, 19. März 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

2.293.2.2. Heidelberg. Die Friedrich Erhard Summerez, Kaufmanns Ehefrau Rosa geb. Wagner in Redargemünd hat das Aufgebot zum Zwecke der Strafflosklärung des Grundbuchschießbriefes vom 8. September 1909 über die im Grundbuch von Redargemünd, Band 18, Blatt 15, III. Abteilung Nr. 2 eingetragenen 12000 M. (Zwölftausend Mark) zugunsten des Kaufmanns Jakob Mayer in Freiburg - laut öffentlich beglaubigter Abschrift der Rechtsabteilung vom 26. Mai 1917 an obige Antragstellerin abgetreten - beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 7. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Strafflosklärung der Urkunde erfolgen wird. Heidelberg, 11. März 1919. Der Gerichtsschreiber Amtsgerichts 2.

2.292.2.2. Karlsruhe. Die ledige Elsa Beier in Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwält Kreuzer in Karlsruhe, klagt gegen den Kaufmann Kurt Martin, früher in Karlsruhe, unter der Behauptung, daß sie infolge Bürgerschaft für den Beklagten am 20. Februar 1919 an Anna Biese 4600 M. bezahlt habe, auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 4600 M. nebst 4 % Prozeßzins an sie durch gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbares Urteil.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Dienstag, den 8. April 1919, vormittags 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwält als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Karlsruhe, 17. März 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

2.332.3.1. Karlsruhe. Rechtsanwält Dr. Becker in Rheinhilt hat namens des Fabrikbesizers Dr. jr. Hermann Weismann in Rheinhilt, das Aufgebot zum Zwecke der Strafflosklärung folgender, seinem Vollmachtgeber gehörender Urkunden, beantragt:

1. Schuldverschreibung d. Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, 3 1/2 % Anleihen von 1903 über 2000 Mark, Lit. A, Nr. 1588. 2. Schuldverschreibung d. Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, 3 1/2 % Anleihen von 1903 über 2000 Mark, Lit. A, Nr. 1589. 3. Schuldverschreibung d. Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, 3 1/2 % Anleihen von 1903 über 2000 Mark, Lit. A, Nr. 1590.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 11. März 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem Badischen Amtsgericht B I in Karlsruhe, Akademiestraße 2, Eingang 2, I. Stad. Zimmer 2, anberaumten Aufgebotsstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Strafflosklärung der Urkunden erfolgen wird. Karlsruhe, 21. März 1919. Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts B I.

2.292.2.2. Bruchsal. Zigarrenmacher Josef Mayer Ehefrau, Franziska geb. Bender in Ringolsheim hat beantragt, ihren seit Juli 1899 an unbekanntem Orten abwesenden, am 15. Dezember 1869 in Ringolsheim geborenen Ehemann Josef Mayer für tot zu erklären.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2.291.2.2. Heidelberg. In der Ehescheidungsache des Bureaubeamten Carl Friedrich Engelhorn in Heidelberg, vertreten durch Rechtsanwält Dr. Kaufmann in Heidelberg, gegen seine Ehefrau Dora Engelhorn geb. Knoke, zuletzt in Hannover, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, ladet der Kläger die Beklagte auf den auf Mittwoch, den 4. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts hier bestimmten Termin zur mündlichen Verhandlung; er nimmt Bezug auf die bereits zugestellte Klageschrift. Heidelberg, 19. März 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

2.293.2.2. Heidelberg. Die Friedrich Erhard Summerez, Kaufmanns Ehefrau Rosa geb. Wagner in Redargemünd hat das Aufgebot zum Zwecke der Strafflosklärung des Grundbuchschießbriefes vom 8. September 1909 über die im Grundbuch von Redargemünd, Band 18, Blatt 15, III. Abteilung Nr. 2 eingetragenen 12000 M. (Zwölftausend Mark) zugunsten des Kaufmanns Jakob Mayer in Freiburg - laut öffentlich beglaubigter Abschrift der Rechtsabteilung vom 26. Mai 1917 an obige Antragstellerin abgetreten - beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 7. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Strafflosklärung der Urkunden erfolgen wird. Heidelberg, 11. März 1919. Der Gerichtsschreiber Amtsgerichts 2.

2.292.2.2. Karlsruhe. Die ledige Elsa Beier in Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwält Kreuzer in Karlsruhe, klagt gegen den Kaufmann Kurt Martin, früher in Karlsruhe, unter der Behauptung, daß sie infolge Bürgerschaft für den Beklagten am 20. Februar 1919 an Anna Biese 4600 M. bezahlt habe, auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 4600 M. nebst 4 % Prozeßzins an sie durch gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbares Urteil.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Dienstag, den 8. April 1919, vormittags 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwält als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Karlsruhe, 17. März 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

2.332.3.1. Karlsruhe. Rechtsanwält Dr. Becker in Rheinhilt hat namens des Fabrikbesizers Dr. jr. Hermann Weismann in Rheinhilt, das Aufgebot zum Zwecke der Strafflosklärung folgender, seinem Vollmachtgeber gehörender Urkunden, beantragt:

1. Schuldverschreibung d. Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, 3 1/2 % Anleihen von 1903 über 2000 Mark, Lit. A, Nr. 1588. 2. Schuldverschreibung d. Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, 3 1/2 % Anleihen von 1903 über 2000 Mark, Lit. A, Nr. 1589. 3. Schuldverschreibung d. Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, 3 1/2 % Anleihen von 1903 über 2000 Mark, Lit. A, Nr. 1590.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 11. März 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem Badischen Amtsgericht B I in Karlsruhe, Akademiestraße 2, Eingang 2, I. Stad. Zimmer 2, anberaumten Aufgebotsstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Strafflosklärung der Urkunden erfolgen wird. Karlsruhe, 21. März 1919. Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts B I.

2.292.2.2. Bruchsal. Zigarrenmacher Josef Mayer Ehefrau, Franziska geb. Bender in Ringolsheim hat beantragt, ihren seit Juli 1899 an unbekanntem Orten abwesenden, am 15. Dezember 1869 in Ringolsheim geborenen Ehemann Josef Mayer für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 21. November 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Strafflosklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen. Bruchsal, 13. März 1919. Amtsgericht.

Gtrafrechtspflege.

2.259.3.3. Reuzingen.

1. Der Freiseur August Bittel, geboren am 7. Oktober 1877 in Buhl, wohnhaft in Zürich (Schweiz), Friedensgasse 1, zuletzt im Inland in Buhl wohnhaft gewesen.

2. Der Maurermeister Michael Steinhäuser, geboren am 4. Oktober 1873 in Wroggingen, wohnhaft in Göttingen (Niederrhein), zuletzt im Inland in Wroggingen wohnhaft gewesen.

3. Der Freiseur Paul Heinrich Haag, geboren am 15. Juli 1896 in Biel (Kanton Bern), wohnhaft auf selbst, zuletzt im Inland in Herbolzheim wohnhaft gewesen.

4. Der Freiseur Richard Karl Spothesser, geboren am 24. Oktober 1879 in Lahr (Baden), wohnhaft in Laufanne (Schweiz), zuletzt im Inland in Endingen wohnhaft gewesen, werden beschuldigt, daß sie durch ein Vergehen nach § 140, Absatz 1, Nr. 3. St.-G.-B. die Wechspflcht verletzt haben. Dasselben werden auf Anordnung des Amtsgerichts Reuzingen auf Freitag, den 2. Mai 1919, vormittags 9 Uhr, vor das Schöffengericht in Reuzingen zur Hauptverhandlung mit der Warnung geladen, daß im Falle unentschiedener Ausbleibens zur Hauptverhandlung geschritten werde und sie auf Grund der in § 472 St.-G.-B. bezeichneten Erklärung verurteilt werden.

Reuzingen, 6. März 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Berich. Bekanntmachungen

Öffentliche Vergebung

von Installationsarbeiten.

Nach Finanzministerialverordnung vom 3. I. 1907 für 6 Kranleihen der Geil- und Pfegeanstalt bei Konstanz. 2.290.3.2

Bedingungen und Angebotsordrude werden vom 24. März bis 12. April bei der Bezirksbauinspektion Zimmer I abgegeben. Angebote verschlossen, postfrei mit genauer Aufschrift bis längstens 14. April, morgens 9 Uhr, an die Inspektion, Schillerstraße 9. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Konstanz, 20. März 1919. Bezirksbauinspektion.

Wechselverkehr

Norddeutschland-Baden.

Auf 1. April 1919 wird der Ausnahmetarif Ia für Rundhölder zu Gruben zwecken des Bergbaues bestimmt, aufgehoben.

Auf den gleichen Zeitpunkt werden in den Ausnahmetarifen 2, 3, 4, 5, 6a und 6c die Frachtfähige für Basel, Bad. Stb., und einige südbadische Stationen aufgehoben. Näheres in unserem nächsten Tarifanz Karlsruhe, 23. März 1919. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Bodenfegütertarif.

Die mit unserer Bekanntmachung vom 15. II. 1919 auf 1. April 1919 angefordigte Neuausgabe des Bodenfegütertarifs wird auf 1. Mai 1919 verschoben. Bis dahin bleibt der bisherige Tarif vom 1. August 1911 noch in Kraft. 2.330 Karlsruhe, 23. März 1919. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.